



Vorwort

Nadja Sthamer (Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann des Freistaates Thüringen)

Es ist ein Irrglaube, dass das Fallen einer Demokratie die plötzliche Eruption sei. Demokratie wankt leise. Wenn wir sehen, dass Parlamente als YouTube-Studio benutzt und verächtlich gemacht, Gerichte geschwächt oder Medien delegitimiert werden, ist der Prozess schon weit vorangeschritten. Aber es beginnt viel früher: Dort, wo die Gleichwertigkeit von Menschen infrage gestellt wird. Dort, wo neu verhandelt wird, wer sichtbar sein darf, wer glaubwürdig spricht und wessen Freiheit zählt. Dort, wo Menschen bewusst bedrängt, beschränkt und unsichtbar gemacht werden und ihre Sicherheit plötzlich verhandelbar erscheint.

Dass Fragen von Geschlecht und Gleichstellung in demokratischen Krisenzeiten so erbittert umkämpft sind, ist deshalb kein Zufall. Es ist ein Machtkampf. Schauen wir auf internationale Entwicklungen, wird klar: Feministische Errungenschaften, queere Sichtbarkeit und Gleichstellungspolitik geraten nicht zufällig unter Druck, wenn autoritäre Bewegungen an Einfluss gewinnen. Sie werden bekämpft, weil sie Machtverhältnisse verschieben. Denn wo Gleichwertigkeit wächst, verlieren Hierarchien an Selbstverständlichkeit, werden Eliten aufgebrochen. Antifeminismus ist deshalb nicht bloß Begleiterscheinung demokratischer Krisen, sondern ein strategisches Instrument ihrer Vertiefung.

Vielleicht haben progressive Kräfte manche Errungenschaft vorschnell für selbstverständlich gehalten und kleine Fortschritte mit gesellschaftlicher Stabilität verwechselt. Denn Demokratie war bisher nie ein Ort völliger Gleichstellung. Demokratie entstand in Gesellschaften, die Öffentlichkeit und Privatheit strikt trennten: hier das Politische, dort das Fürsorgliche; hier Macht und Sichtbarkeit, dort Sorgearbeit und Unsichtbarkeit. Noch heute leben Demokratien von Arbeit, die sie politisch kaum anerkennen – von Care-Arbeit, emotionaler Verantwortung und sozialen Infrastrukturen, die überwiegend von Frauen getragen werden. Demokratien ruhen auf Voraussetzungen, die sie selbst oft nicht ausreichend sichtbar machen und als gegeben voraussetzen. Auch progressive politische Kräfte haben sich zu sehr an jene unsichtbare Arbeit gewöhnt, auf der gesellschaftliche Stabilität bis heute beruht.

Vielleicht liegt eine der großen demokratischen Selbsttäuschungen darin, gleiche Rechte mit gleichen Möglichkeiten zu verwechseln. Denn formal mag politische Teilhabe allen offenstehen, tatsächlich aber sind Zeit, Sicherheit, ökonomische Freiheit und politische Handlungsspielräume höchst ungleich verteilt. Die Frage nach echter Gleichstellung ist deshalb keine identitätspolitische Randfrage, sondern berührt den Kern demokratischer Teilhabe. Gerade deshalb braucht Gleichstellungspolitik mehr als Symbolik. Sie braucht konkrete Infrastruktur: Schutz vor Gewalt, gerechte Verteilung von Sorgearbeit, digitale und analoge Räume ohne Einschüchterung, ökonomische Unabhängigkeit und reale Repräsentation.

Gewalt gegen Mädchen, Frauen und queere Menschen begrenzt Freiheit. Wer Angst haben muss, wird leiser. Wer bedroht wird, zieht sich zurück. Wer Sichtbarkeit mit Gefahr verbindet, beteiligt sich anders oder gar nicht. Demokratie aber lebt davon, dass Menschen sprechen können, ohne Angst vor Sanktionierung ihrer Existenz oder Gewalt. Diese Ausgabe erscheint in einer Zeit, in der vieles zugleich fragiler, aber auch sichtbarer geworden ist. Die Herausforderung unserer Gegenwart liegt darin, Demokratie nicht als abgeschlossenen Zustand zu begreifen, sondern als fortlaufende Aufgabe und manchmal auch als Zumutung: die Zumutung, Freiheit immer wieder neu zu teilen, Macht neu zu verhandeln und Gleichwertigkeit dort ernst zu nehmen, wo sie bestehende Gewissheiten infrage stellt. Denn wenn das Wanken von Demokratien keine plötzliche Eruption ist, sondern ein schleichender Prozess, dann gilt umgekehrt auch: Demokratische Resilienz entsteht nicht über Nacht. Sie wächst dort, wo Menschen erfahren, dass ihre Würde nicht verhandelbar ist.

Gleichstellung ist deshalb kein nachgeordnetes Politikfeld für gute Zeiten. Sie ist demokratische Vorsorge. Gleichstellung zu stärken, ist keine Aufgabe einzelner politischer Ressorts, engagierter Initiativen oder derjenigen, die selbst Diskriminierung erfahren. Es ist eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung. In Schulen und Familien. In Parlamenten und Verwaltungen. In Unternehmen, Medien und digitalen Räumen. Überall dort, wo entschieden wird, wer sprechen darf, wem geglaubt wird, wer geschützt wird und wer nicht. Die Eruption geschieht nicht über Nacht. Sie kündigt sich lange vorher an: in der Gewöhnung an Abwertung, im Schweigen über Ungleichheit, in der Akzeptanz von Angst und Ausschluss. Demokratie wird in Zukunft weniger daran zu messen sein, wie laut ihre Institutionen Stärke behaupten, sondern vielmehr daran, wie gerecht sie Freiheit organisiert. Umgekehrt gilt aber auch: Demokratie wird nicht allein in Krisen verteidigt. Sie kann jeden Tag überall dort wachsen, wo Menschen auf Gleichwertigkeit bestehen.